

Wenn der Reichsanwalt beispielsweise unseren Kampf gegen den Youngplan als Homöopathie bezeichnet, wenn das Gericht sich ihm anschließt, dann beweis damit der höchste Gerichtshof der deutschen Republik, daß er die Anpflanzung der arbeitenden Massen und die Arbeitsverhältnisse gegen Ausland für richtig erachtet.

Aber alle Verjähren werden uns nicht hindern, unsere Tätigkeit fortzusetzen. Ich stehe bis zum letzten Wort zu den Kritikern. Wir werden kämpfen, wenn wir anders handeln würden. Zum Schluß führte Genosse König aus: „Er hätte es für seine Pflicht, namens der kommunistischen Partei und aller bereits vom Vorkriegs-Zustand vertriebenen kommunistischen Redaktionen, eine Erklärung gegenüber der sozialdemokratischen Presse abzugeben. Eine solche Unterstellung, als seien die Vorkriegs-Zustand und die kommunistische Bewegung gewissermaßen Tautogenossen, ist eine schamlose Verleumdung.“

Nach der Verteidigungsrede des Reichsanwalt Dr. Helm, wozu auch wieder noch einmal unterstrichen, daß das Reichsgericht befangen sei und faktisch das Urteil schon gefällt ist, beschloß dann das Reichsgericht den Strafentwurf des Reichsanwalts.

In den nächsten Wochen werden weitere Dutzende Sachverhalte aufgeführt gegen kommunistische Redakteure vorfinden. Das Verfahren wird noch verschärft werden. Das neue Republikgesetz bietet noch größere juristische Möglichkeiten, der Minderheit ihr Sachverhalte zu erschweren. Um

ich der Verantwortung zu entziehen, daß die SPD einseitig die „Linke“ das neue Justizgesetz gegen Kommunisten zu machen, als seien die Klassenurteile des Reichsgerichts nun von geradezu erwünscht. Eine solche Kampfer ist nicht zu übersehen. Wenn morgen kommunistische Führer erscheinen würden oder der Heberfall auf die Sowjetunion würde beginnen, so würde die „Linke“ SPD-Presse auch hier ihre politische Verleumdung damit zu verfeinern versuchen, daß das alles im Interesse der kommunistischen Bewegung läge.

Die Klassenbewußte Arbeiterkraft wird dem Vorkriegs-Zustand und seinen Annäherungen in den sozialdemokratischen Redaktionen entsprechend begegnen. Sie wird auf das Urteil gegen einen Redakteur der Dresdner „Arbeiterstimme“ mit verstärkter Werbetätigkeit für die kommunistische Presse und für die kommunistische Partei antworten.

Auf dem Weg ins Kabinett

Dresden, 8. April.

„Das wäre ein gefundenes Fressen gewesen, wenn die SPD schließlich auch noch das Kompromiß in der Frage der Wahllokalen angenommen hätte! Von Stufe zu Stufe — von Konzeption zu Konzeption! Und am Ende war: nach die Koalition zum Teufel gegangen. Mühte zum Teufel gehen — dieses Schicksal war unentrinnbar.“

So schilbert Engelbert Graf die „Erfolge“ der SPD. Er leistet sich dabei natürlich eine kleine Kampfer, um die SPD-Arbeiter zu betören, inwiefern, als er sagt, daß in der Lebensfrage des Proletariats, der Sicherung vor dem direkten Verhungern die SPD eben noch ihr „proletarisches Gewissen“ wahrte. Sie haben es notwendig, die „linken“ Felder, das was ihnen nicht in ihr „realpolitisches“ Konzept paßt, einfach zu betreten. Und sie bemühen sich kampferhaft, zu schmeißen über ihren Koalitions-Partner in Sachen. Das obige Zitat von Graf entzweien wir der „Leipziger Volkszeitung“, die gegen die Bündnisregierung polemisiert. Die Chemnitzer „Vollstimme“ veröffentlicht gegen einen Beschluß des Leipziger Parteivorstandes, der sich mit der Reichspolitik beschäftigt und in dem zu Wahlverordnungen aufgeführt wird. Man sieht, sie haben es eilig, die Spuren ihrer reaktionären Reichspolitik zu verwischen.

Aber die Koalitionspolitik ist nun einmal das Element der SPD, anders kann sie nicht existieren. Der Klassenkampf spielt nur noch eine Rolle an Feiertagen und auf dem Papier zum Betrag an den Wägen. Deshalb veruchen sie mitunter einige „politische“ Seiten parlamentarischer „Möglichkeiten“ festzuhalten, um den Koalitionsbetrug in Sachen zu rechtfertigen. Das sieht in der SPD-Presse so aus:

„Was kann also die sozialdemokratische Minderheit im Parlament erreichen? Sie ist nicht imstande, ihren Willen der Mehrheit aufzuzwingen. Sie kann nicht dauernd die Mehrheit hindern, ein Gesetz zu beschließen. Eine noch so starke, noch so energiegeliche Minderheit kann nur eins erreichen: sie kann durch ihre Taktik die Mehrheit zwingen, mit der Minderheit Kompromisse zu schließen.“

Kommt es zu keinem Kompromiß, so beschließt die Mehrheit schließlich ein Gesetz, wie sie es will; nur, wenn es der Minderheit gelingt, die Mehrheit zu einem Kompromiß zu zwingen, nur dann legt die Mehrheit ihren Willen nicht zwingen, nicht vollständig durch, nur dann muß sie der Minderheit Zugeständnisse machen, das Gesetz nach den Wünschen der Minderheit abändern. Das Kompromiß — das ist die parlamentarische Beschränkung der Minderheit, das ist die parlamentarische Form der Mitbestimmung der Minderheit über den Inhalt der Gesetze.“

Das ist der Trick, den die „linken“ Betrüger sich erst aus dem „Arbeiterparlament“ des Herrn Otto Bauer verschrieben, und wenn alle diese parlamentarischen Mandatreden nichts nützen, dann müssen eben neue und „mehr Mandate“ bei einer Neuwahl erobert werden. Das alte abgelebte Rezept, das den Arbeitern schon zum Heberdruck herabgeworfen wurde, nachdem die „Linken“ in die „Rechtsheit“ der Koalition mit einigen Redensarten „beweiht“, kommt gestern in dem „Zwischen Volksblatt“ ein lautes Klagegeschrei, das ganz klar zeigt, wie die „linken“ Mandatredner von der Volkspartei aufs Kreuz genommen werden. In einem Bericht über die Koalitionsverhandlungen zwischen Demokraten und Volkspartei heißt es, daß die „schlimmsten Sozialdemokraten“ Dr. Müller und Apper den alten „guten“ Koalitionsminister Dr. Müller ausgespart haben. Natürlich sagt das Blatt: „Die Sozialdemokraten haben also in der Volkspartei vollständig überhand genommen.“ Nun, dieser kleine „Schonheitsfehler“ tut aber ihrem Koalitionswillen keinerlei Abbruch. Die „Linken“ werden jetzt nur eine Sorge haben, die Arbeiter über den politischen Vertrag zu täuschen.

Das wird nicht gelingen. Die Arbeitermassen müssen in der Vorbereitung zum 1. Mai, dem Weltkampftag des revolutionären Proletariats, um die Kampflosungen der SPD gezwungen werden, Kampf der Arbeiter um Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen, Erwerbslosenunterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, sind nicht Angelegenheiten des parlamentarischen Kuhhandels mit dem Klassenfeind, sondern sie können nur im außerparlamentarischen Kampf erfolgreich sein.

Er sah, was gebietet wird

Ein SPD-Arbeiter über die Rolle der SPD

Sehe, was die SPD ihr herrigeres Spiel als „Oppositionspartei“ wieder aufgenommen hat, ist es interessant, zu hören, wie selbst oppositionelle SPD-Arbeiter vor dem Rücktritt der Müller-Regierung die SPD-Politik richtig kennzeichneten. Am 17. März 1930 fand eine SPD-Mitgliederversammlung des 3. Kreises Berlin (Wedding) statt, in der der Reichstagsabgeordnete L. K. referierte. In der Diskussion erklärte Herr L. K.:

„Die Partei ist nicht mehr das, was sie sein soll, eine Arbeiterpartei. Sie bleibt in der Regierung, bis sie die den Bürgerlichen alles erfüllt hat, was diese wünschen, dann wird sie abgehoben. Kommt eine Wahl, dann kehren die Arbeiter wieder durch die Partei mit der Forderung: „Gegen Ganzerkreuzer — für Arbeiter.“ Wenn die Wahl gebietet ist, gehen wir in die Regierung und dann wird das Gegenteil gemacht von dem, was vorher versprochen wurde.“

Dieser Heinen gibt die Stimmung vieler SPD-Arbeiter wieder. Wohl will jetzt die SPD-Führerschaft das alte demokratische Spiel von neuem beginnen, doch die Opposition in den SPD-Reihen wird sie nicht mehr liquidieren können. Es ist Sache der Kommunisten, mit solchen SPD-Arbeitern, die noch bei der SPD sind, weil sie politisch unzufrieden sind, zu diskutieren und für die rote Kampffront zu gewinnen. Es gilt, solche Arbeiter, die ehrlich erwacht sind, gegen das Kapital zu kämpfen, für höhere Löhne, für den Arbeitslosenunterstützung, gegen den imperialistischen Krieg, davon zu überzeugen, daß sie mit der SPD brechen müssen und unter Führung der kommunistischen Partei kämpfen müssen.

Blutige Klassenkämpfe in Indien

Verstärkter Terror der MacDonald-Regierung

Die revolutionäre Bewegung in Indien nimmt einen gewaltigen Aufschwung. Ghansi, der Führer des indischen Arbeiterbündnisses, ist nicht mehr fähig, die Bewegung zu leiten. Aus den neuesten Berichten ist zu erkennen, daß die Arbeitermassen ihre eigenen Forderungen aussprechen. In einem Teil sind diese Forderungen noch religiös verkleidet, wie sich aus einer Mitteilung aus Bombay ergibt, wonach in einer Massenversammlung die Forderung aufgestellt wurde, daß auch die Fara des Reich haben, den Tempel zu betreten. Als ein Priester ein Mädchen schrie, heiligte sich die Empörung der Massen gegen die oberen Kasten außerordentlich, sie machten den Versuch, gewaltlos in den Kaiser-Tempel einzudringen. Die Polizei MacDonald ging brutal gegen die Massen vor und nahm über 100 Verhaftungen vor.

Der Ellenbogenstreik verhärtet sich von Tag zu Tag. Selbst die „United Press“ ist gezwungen, zu melden, daß die Polizei der Arbeiterregierung gegen eine reiche Demonstration mit der Schutzgewalt vorgeht, wobei 50 Demonstranten niedergeschossen wurden.

Diese Verhärtung der Kämpfe in Indien zeigt, daß das Proletariat nicht nur den englischen Imperialismus, sondern auch die eigene Bourgeoisie als Gegner hat. Daran ist auch zu erkennen, daß die Massen der kommunistischen Bewegung in Indien. Das internationale Proletariat bringt der aufsteigenden revolutionären Bewegung Indiens ihre größten Sympathien entgegen.

20 Millionen „Kanailen“ zuviel

„Lieber Blut als Lohnerhöhung“

Ein unerhört arbeiterfeindliches und blutrünstiges Bekenntnis des wirtschaftsparteilichen Ministers Professor Viktor Bredt

Der Schriftsteller Werner Hegemann hatte vor einem halben Jahre in Hannover bei den Grafen v. Sagen die Regierung in der Angelegenheit des Reichstages eine Unterredung mit dem damaligen Führer der Wirtschaftspartei und jetzigen Reichsjustizminister Professor Viktor Bredt. Nach dem „Montag Morgen“, in dem Hegemann diese Unterredung selbst schilderte, hat Viktor Bredt Versicherungen gemacht, nach welchen die Lösung des heutigen Reichstages sich nach Bredt auf die Formel bringen läßt: **Lieber Blut als Lohnerhöhung.**

Auf die Frage nach der Möglichkeit des Angelehens der Einkommen erwiderte Bredt:

„Ich diese Herren (große Geschäftleute usw.) sich auf so etwas (gleiche Einkommen) einstellen, werden sie lieber Blut fließen lassen, selbst wenn ein paar Millionen von der sogenannten Kanaille daran glauben müßten.“

Dieser jegliche Überbisse der deutschen Klassenjustiz sagte dann in Bezug auf einen vorübergehenden Abgeordneten zu Hegemann weiter:

„Sie können versichert sein, der legt die Hände auch nicht in den Schoß, wenn es zum Klassenkampf kommt. Und zu einem kleinen Kladderadatsch muß es in ein paar Jahren kommen, wenn so weiter gewirtschaftet wird... Ich aber verlangt, verlangt, verlangt...“

Ein Arbeiter verlangt heute 150 Mark (7 D. Red.), die Woche, aber sagen Sie mir, wieviel 120 Mark. An die Steuer deutet er gar nicht (7 D. Red.), die muß der Arbeitgeber bezahlen... Welche Volkswirtschaft kann denn das zahlen!“

Vorhaben, Abbau der sozialen Kosten und dazu blutiger weicher Terror ist das Programm, das er in der ganzen Unterredung entwickelte. Schließlich zitiert er aus:

„Wenn wir endlich einen Maßstab bekommen, der unter heillosen Durcheinander in Ordnung bringt... um dann dem Grafen auf eine Frage zu antworten:“

„Ich habe schon vor Jahren gesagt: wenn in einer Nacht plötzlich 20 Millionen Deutsche ums Leben kämen, dann wären wir das reichste Volk der Welt.“

Nach dieser Theorie des Herrn Bredt muß sich die Reichsregierung, deren Mitglied er ist, als der deutsche Maßstab fühlen, der besten ist, in „unser heillosen Durcheinander wieder Ordnung zu bringen“, und zwar mit Mitteln des härtesten und blutigsten Terrors auf die Massen. Die angründlichen Missetaten der Sterblichkeit, der Massenmorde (Ludlow, Tipsherie usw.), die jährlich zunehmenden Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not werden von dem neuen Reichsjustizminister überhört mit besonderem patriotischen Wohlbehagen vermehrt werden...

fehle des internationalen Kapitals durch — so löst er seine Wahlversprechungen ein.

Im Hansa-Haus der Thüringer Landtage machte der Landtagspräsident eine sehr interessante Mitteilung. Bekanntlich hat nach ihrem Programm die Nationalsozialisten eingeschlossene Feinde aller Grenzländer und Benachteiligten. Doch auch hier gibt ihr Hauptling, Dr. Fied, ein Beispiel dafür, daß in der Praxis die Nationalsozialisten immer gerade das Gegenteil von dem tun, was sie in der Agitation verkünden. Fied hat nämlich nach den Mitteilungen des Thüringer Landtagspräsidenten den Antrag gestellt, ihm im Falle des Eintritts der Unvollständigkeit oder des Todes Pensionen und Hinterbliebenenbezüge zu gewähren.

Buchdrucker fordern Streik

Berlin, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.)

In den Bezirksversammlungen des Berliner Bundes der Buchdrucker, die am Montag stattfanden, wurden außerdem des Reichstagesstreiks in der „Deutschen Tageszeitung“ und sonstiger Vorzüge der Unternehmer Anträge der Opposition eingebracht. Die Verbandsbürokratie wandte sich in allen Bezirken gegen diese Streikstreife. Sie verhinderte die Abstimmung, weil sie die Fortsetzung des Verbandes gefährdete.

Von der revolutionären Gewerkschaftsopposition wurde die Kündigung des Lohnvertrags, die Ende April vorgenommen werden muß, verlangt. Am 5. April wurde auf Antrag der Opposition einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Beschlüsse der Kündigungs des Lohnvertrags. Sie fordern eine Lohnerhöhung von wöchentlich 10 Mark auf die Tariflöhne aller Klassen. Diese Lohnerhöhung ist notwendig, besonders im Hinblick auf die überall eintretende Erhöhung der Mieten, der Verkehrs-, Gas- und Elektrizitätstarife. Die kommenden Massenbelästigungen der Bündnis-Regierung werden eine weitere starke Verteuerung der Lebenshaltungskosten bringen. Die kapitalistische Rationalisierung hat die Kollegen zur erhöhten Arbeitsleistung gezwungen, den Unternehmern aber stark erhöhte Profite gebracht. Die Kollegenchaft ist gewillt, zur Durchsetzung der Forderungen das Mittel des Streiks anzuwenden.“

Für die Beschlüsse des 3A

Berlin, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Zentralkomitee des RAB nahm in seiner Sitzung vom 7. April zu den Beschlüssen des Kolbros vom 5. April Stellung. Nach ausführlicher Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die vollständig den Beschlüssen vom 5. April, die kollektive Fragestellung des Kampfes auf zwei Fronten und die entsprechenden Maßnahmen gegen die fraktionierenden Träger der lehrerischen Theorie und Praxis begründet.

Einstimmiger Beschluß der 3E Wasserfanten

Eine Sitzung der Bezirksleitung Wasserfanten und der verantwortlichen Parteiarbeiter von Groß-Hamburg nahm Stellung zu den Beschlüssen des erweiterten Präsidiums des 3E in der letzten Sitzung des Zentralkomitees der Partei. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die die Beschlüsse der Exekutive und des 3A, ebenso wie den Artikel des Genossen Kammela bekräftigt und ebenso die entschiedene Haltung der Berliner Bezirksleitung gegenüber dem „linken“ Koalitions-machern.

SPD nimmt Zuderverteuerung zu

Erklärung-Mehrheit mit ihrer Hilfe

Berlin, 8. April. (Eigener Bericht.)

In der Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages vom 8. April wurden die Vorlagen über die Kürzung der Fälligkeitstermine bei der Tabak- und Zudersteuer und die Einführung der Mineralwassersteuer in längeren Debatten behandelt. Bemerkenswert war die Abstimmung. Während die Sozialdemokratie gegen die Tabaksteuer vorlegte stimmte, weil durch Abänderungsanträge der Regierungsentwurf verändert worden ist, stimmte sie der unverändert gebliebenen Zudersteuer vorlegte zu. Die Deutschnationalen stimmten gegen beide Vorlagen. Die Mineralwassersteuer fand ebenfalls keine Mehrheit. Sie wurde bekanntlich von der Hermann-Müller-Regierung eingebracht. Nunmehr erlaubte sich auch die SPD dagegen zu stimmen. In der dritten Lesung dürfte sich voraussichtlich das Abstimmungsergebnis ändern, wenn die Regierung nicht in der Zwischenzeit die bisherigen Vorlagen stellen läßt und dafür zu der Absicht, die Umsatzsteuer zu erhöhen, zurückkehrt.

Das Schankstättengesetz verchiedert und angenommen

Berlin, 8. April. (Eigener Bericht.)

Am Dienstag wurde im Reichstag das Schankstättengesetz in zweiter und dritter Lesung beraten und danach in der veränderten Fassung von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Inwieweit noch in kurzer Rede Genosse Schumann, um insbesondere die Kapitalisation der Sozialdemokraten vor dem Alkoholstempel anzuprangern, Genosse Schumann führte aus: Wenn wir auch Herr Schumann in der Agitation die weiteren Verschlechterungen des Schankstättengesetzes beklagt, in Wirklichkeit ist ihm vorhalten, daß gerade die Sozialdemokraten es waren, die sich gegen die wesentlichen Forderungen der Alkoholsteuer gewandt haben. Auch die Sozialdemokraten haben gegen unseren Antrag gestimmt, wonach alkoholfreie Getränke nicht der Erlaubnis unterliegen. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Herr Schumann hat auch zusammen mit den Interessierten des Hauptstapels gegen unseren Antrag in der Mitschrift gestimmt. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Er ist also dafür, daß Schumann in jeder Menge, zu jedem Zeitpunkt ausgedient werden kann, Willst dagegen nur an Sonntagen bis vormittags 11 Uhr.

Die Sozialdemokraten stimmten auch gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien gegen die von uns im Gesetz beantragten Schankstättengesetz für die Arbeiter und Angestellten.

An der „Macht“

Wie die Nazis in Thüringen den Youngplan durchführen

Der nationalsozialistische Innenminister von Thüringen, Dr. Fied, hat der Stadt Gotha einen Zwangsbeitrag diktiert, ähnlich, wie es der Demotrat Dr. Wöh mit Berlin gemacht hat. Die Folge ist, daß das Gothaer Wahlratsamt jetzt einem brutalen Abbau der Wohlfahrtsunterstützung durchführt. Ledige Wohlfahrtsempfänger wurden von der Unterstützung überhaupt ausgeschlossen. Bei allen Sähen über 18 Mark für große Familien wird zwangsweise ein Lebensmittelchein von 5 Mark angeteilt und den Unterstützten auch vorgeschrieben, wo und was sie kaufen können.

So führt der Nationalsozialist Fied in Thüringen die Ver-